

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXI. Jahrgang, Nr. 6

Abgeschlossen am 26. Juni 1948

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Fortschreitende Konsolidierung der österreichischen Wirtschaft

Steigen der Produktion, besonders der Investitionsgüterindustrien — Befriedigende Entwicklung des Außenhandels — Reibungslose Umschichtung auf dem Arbeitsmarkt — Zurückhaltende Umsatztätigkeit und „Geldknappheit“ voraussichtlich nur vorübergehend

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise, Löhne, Lebenshaltungskosten — Ernährung — Landwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel

Zum neuen Index der industriellen Produktion

Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportindustrie

Zur Frage einer Wechselkursänderung des österreichischen Schillings

Kriterien für die Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft — Voraussichtliche Auswirkungen einer Abwertung auf die Exportindustrie — Die Fakten sprechen gegen eine sofortige Wechselkursänderung

Zur Verwendung der Schillingerlöse aus den ausländischen Hilfslieferungen

Die währungspolitische Bedeutung des Hilfsfonds — Stilllegung der Fondsmittel durch Tilgung der Bundes-schuld an die Nationalbank — Konsumtive Verwendung des Fonds — Produktive Verwendung des Fonds

Österreichische Wirtschaftszahlen

(Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Fortschreitende Konsolidierung der österreichischen Wirtschaft

Der Gesundungsprozeß der Wirtschaft seit der Währungsreform vollzieht sich, wie angesichts der kriegs- und nachkriegsbedingten Verschiebungen der Produktions- und Nachfragestruktur und der starken Verzerrungen im Preis-Lohn-Gefüge zu erwarten war, nicht auf allen Gebieten gleichmäßig. Der steigenden Produktion stehen vorübergehend unkläufliche Umsätze gegenüber; während zahlreiche Kaufplätzen Waren bereits in größerer Reichhaltigkeit anbieten, hält sich die Nachfrage trotz eines seit vielen Jahren aufgestauten Bedarfes — vornehmlich in Erwartung weiterer Preissenkungen — zurück. Die ständige Ausweitung des Geldumlaufes und der unvermindert hohe Beschäftigungsstand bei leicht steigenden Verdiensten (vor allem infolge zunehmender Akkordarbeit und Verlängerung der Arbeitszeiten) widersprechen jedoch der Auffassung, daß eine allgemeine „Geldknappheit“ besteht.

Ungeachtet dieser scheinbar widerspruchsvollen Symptome und obwohl noch viele Probleme ihrer

Lösung harren — unter ihnen die Agrarpreisfrage zur Zeit an erster Stelle — beginnt sich das Wirtschaftsleben, nicht zuletzt dank der großzügigen Auslandshilfe, langsam wieder zu normalisieren.

Steigen der Produktion, besonders der Investitionsgüterindustrien

Das auffallendste Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung ist gegenwärtig das Steigen der gewerblichen Produktion. Der vom Institut neu berechnete Produktionsindex, der für die Gesamtentwicklung der industriellen Produktion als repräsentativ angesehen werden kann¹⁾, ist seit Dezember v. J. laufend gestiegen und lag im April mit 85,7% des Jahres 1937 bereits um 23,8% höher als im Dezember (69,2%). Besonders stark war der Aufschwung in der Eisen- und Metallindustrie (+37,2%), im Fahrzeugbau (+24,7%), in der Papierindustrie (+23,0%) und in der Magnesit-

¹⁾ Siehe: „Zum neuen Index der industriellen Produktion“, S. 212 ff.

industrie (+32,2%). Die österreichische Industrie ist damit auf dem besten Wege, ihr vorkriegsmäßiges Leistungsniveau wiederzugewinnen. Die Produktionsrückschläge, die einzelne Betriebe und Branchen infolge der partiellen Geldknappheit und der damit verbunden Umschichtung der Nachfrage und Zurückhaltung der Käufer erlitten haben, sind zumindest vorläufig durch Produktionsausweitungen an anderen Stellen weit überkompensiert worden.

Die relativ hohe durchschnittliche industrielle Produktion (85,7% von 1937) darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie in einzelnen Zweigen noch weit hinter den Vorkriegsergebnissen zurückbleibt. Auffallend ist vor allem der starke Unterschied zwischen den Produktionsmittelindustrien und den Konsumgüterindustrien. Nach der im Produktionsindex gewählten Gruppierung haben die Produktionsmittelindustrien im April mit 120,1% den Vorkriegsstand bereits überschritten, während die Konsumgüterindustrien erst 57,7% des Jahres 1937 erreicht haben. Auch seit dem Währungsschutzgesetz war die Wachstumsrate in den Produktionsmittelindustrien mit 25,4% stärker als in den Konsumgüterindustrien (9,3%). Dieser Umstand verdient besonders hervorgehoben zu werden, da man als Folge der Währungsreform eine Umschichtung der Produktion zugunsten der Konsumgüterindustrien, verbunden mit einer vorübergehenden Stagnation in den Investitionsgüterindustrien, erwartet hätte. Tatsächlich scheint nach der Entwicklung des Produktionsindex eher das Gegenteil der Fall zu sein. Dies wird auch durch Statistiken über den Arbeitsmarkt bestätigt, die zeigen, daß sich eine schwache Tendenz zu Arbeiterentlassungen fast ausschließlich bei typischen Konsumgüterindustrien bemerkbar macht. Diese „anormale“ Reaktion der Produktion auf die Geldknappheit ist charakteristisch dafür, daß sich die Vorgänge in der österreichischen Wirtschaft seit dem Währungsschutzgesetz nicht schlechthin in die geläufigen konjunkturstatistischen Modelle der Inflation und Deflation hineinzwängen lassen, sondern daß der gegenwärtige Anpassungsprozeß eine spezifische Gesetzmäßigkeit besitzt.

Aus der relativen Überdimensionierung der Produktionsmittelerzeugung darf allerdings nicht geschlossen werden, daß im gleichen Ausmaß die Investitionsrate zu Lasten des Konsums erhöht wurde. Ein bedeutender Teil der erzeugten Produktionsmittel wird nämlich nicht im Inland investiert, sondern vielfach gegen Konsumgüter exportiert¹⁾. Außerdem findet, rein ökonomisch

¹⁾ Damit scheint sich auch im österreichischen Außenhandel, zumindest für die Periode des Wiederaufbaues

gesehen, die relative Überhöhung der inländischen Produktionsmittelerzeugung zumindest zum Teil in einer verhältnismäßig hohen Konsumgüterquote der Marshall-Plan-Lieferungen (Lebensmittel, Textilien oder Baumwolle für Textilien u. ä.) ihren Ausgleich²⁾. Dennoch dürfte im Interesse der Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts eine gewisse Korrektur der Relation zwischen Konsumgüter- und Produktionsmittelerzeugung notwendig sein.

Die augenblickliche Zurückhaltung der Käufer ist nur teilweise psychologisch bedingt. Gleichzeitig besteht ein großer und intensiver Bedarf an gewerblichen Konsumgütern, der vielfach nur deshalb nicht befriedigt werden kann, weil die Preise für diese Güter noch außerordentlich hoch sind. Es besteht jedoch begründete Aussicht, daß in den kommenden Monaten ein größeres Angebot an Konsumgütern, insbesondere an Textilien, zu verbilligten Preisen zur Verfügung stehen wird, da Österreich im Rahmen der amerikanischen Hilfssendungen neben verschiedenen Roh- und Hilfsstoffen, auch größere Mengen an Baumwolle erhält. Die damit verbundene Erhöhung des Realeinkommens erscheint umso wichtiger, als die Lösung der Agrarpreisfrage eher eine Verteuerung als eine Verbilligung der Hauptnahrungsmittel erwarten läßt. Die Wirtschaftspolitik steht damit vor der schwierigen Aufgabe, zwischen den landwirtschaftlichen und gewerblichen Preisen im Rahmen der heutigen Lebenshaltungskosten einen erträglichen Ausgleich zu finden, andernfalls die Gefahr besteht, daß das heutige ohnehin labile Gleichgewicht zwischen Preisen und Löhnen neuerdings verlorengeht — mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Befriedigende Entwicklung des Außenhandels

Gleichzeitig mit der Erhöhung der Produktion waren in den letzten Monaten auch bedeutende Fortschritte im *Außenhandel* festzustellen. Die Ausfuhr war zwar im Jänner vorwiegend saisonbedingt um 38 Mill. S niedriger als im Dezember, erholte sich jedoch in den nachfolgenden Monaten rasch und erreichte im April mit 144 Mill. S einen neuen Höchststand. Trotz der relativ günstigen Ausfuhrergebnisse im März und April wird es

der europäischen Volkswirtschaften, ein Strukturwandel in der Weise anzubahnen, daß der für Österreich vor dem Jahre 1938 typische Export von hochwertigen Konsumgütern in zunehmendem Maß durch den Export von Produktionsmitteln ergänzt oder zum Teil sogar verdrängt wird.

²⁾ Siehe hierzu: „Zur Verwendung der Schillingertlöse aus den ausländischen Hilfslieferungen“, S. 222 ff.

jedoch noch bedeutender Anstrengungen bedürfen, die Ausfuhr auf jenes Niveau zu heben, das dem in der Binnenwirtschaft erreichten Leistungsstand entspricht. Wie beträchtlich dieser Abstand noch ist, geht daraus hervor, daß die Ausfuhr volumemäßig, d. h. nach Ausschaltung der Preisveränderungen, im ersten Quartal 1948 erst rund 40% von 1937 betrug, während die Produktion in der gleichen Zeit bereits 76,9% erreichte. Da die ausländischen Hilfslieferungen zeitlich begrenzt sind und den Exportzwang nur vorübergehend mildern, müssen heute schon alle Anstrengungen gemacht werden, den Anteil der Ausfuhr an der Produktion zu erhöhen und — mit Rücksicht auf die gesunkenen Einnahmen aus dem Transit- und Fremdenverkehr — möglichst über das Vorkriegsniveau zu heben.

Auch in dieser Richtung wirkt sich das Währungsschutzgesetz förderlich aus, indem einerseits die inländische Nachfrage nach exportfähigen Gütern zurückgeht und andererseits Produktionsmittel, die bisher ausschließlich für den Inlandsbedarf arbeiteten, für Exportbetriebe freigesetzt werden.

Reibungslose Umschichtung auf dem Arbeitsmarkt

Die sichtbaren Reaktionen der Währungsreform auf dem Arbeitsmarkt waren bisher bemerkenswert gering. Von unwesentlichen Schwankungen abgesehen, ist der Beschäftigungsstand unverändert hoch geblieben. Dennoch vollziehen sich innerhalb der einzelnen Zweige und zwischen den einzelnen Betrieben nicht unbeachtliche Umschichtungen. Dies geht aus den Berichten einzelner Arbeitsämter hervor, die von Überstellungen ganzer Belegschaften von Betrieben, die infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse in Schwierigkeiten geraten sind, in andere leistungsfähig verbliebene Betriebe sprechen.

Auch hinter der vorläufigen Starrheit der Tariflöhne und -gehälter lassen sich Veränderungen erkennen, die, obwohl nach außenhin kaum in Erscheinung tretend, dennoch auf die Kostenstruktur der Wirtschaft nicht ohne Einfluß bleiben. Die Notwendigkeit einer strengeren Kalkulation hat bereits vielfach einen Abbau oder zumindest eine scharfe Reduktion jener „schwarzen“ Löhne erzwingen, die während der Inflationsperiode von zahlreichen Unternehmern teils in Bargeld, häufiger aber noch in Form von Naturalzuwendungen (in Nahrungsmitteln oder in Erzeugnissen des Betriebes zur weiteren Verwertung auf dem Schwarzen oder Grauen Markt) gewährt wurden.

Zurückhaltende Umsatztätigkeit und „Geldknappheit“ voraussichtlich nur vorübergehend

Das günstige Bild, das die Entwicklung der Produktion und des Außenhandels vermittelt, steht zum Teil in Widerspruch zur *Umsatzentwicklung*. Die verfügbaren Umsatzstatistiken sind zwar nicht so repräsentativ, daß aus ihnen eindeutige Schlüsse auf die Gesamtumsätze und den allgemeinen Geschäftsgang gezogen werden könnten. Die gleichgerichtete Entwicklung voneinander unabhängiger Umsatzreihen läßt jedoch mit ziemlicher Sicherheit einen Rückgang der wertmäßigen Umsätze erkennen. So ist der vom Institut berechnete Index der Kleinhandelsumsätze (siehe Tabelle Seite 236) im Jänner und Februar übersaisonmäßig stark zurückgegangen, erholte sich im März, ging jedoch im April neuerdings zurück. Die tendenziell gleiche Entwicklung, wenn auch auf einem etwas höheren Niveau, zeigen die Giroumsätze der Postsparkasse, die bis zu einem gewissen Grad als Maßstab für die Umsatzentwicklung in der Produktionssphäre gelten können. Die leichte Erholung im März — bemerkenswerterweise sind im März auch die Schwarzmarktpreise vorübergehend etwas gestiegen — kann damit erklärt werden, daß damals die erste Reaktion auf die Geldverknappung überwunden war und die Osterfeiertage eine erhöhte Nachfrage begünstigten. Die sich anbahnende Tendenzumkehr wurde in der Folge jedoch durch die psychischen Rückwirkungen des Währungsschutzgesetzes, deren Wirksamkeit auch gegenwärtig noch nicht erschöpft scheint, abgestoppt.

Zur Entwicklung der Umsätze

| | Kleinhandelsumsätze | Giroumsätze der Postsparkasse | Schwarzmarktpreise für Nahrungsmittel |
|-------------------|-------------------------------|-------------------------------|---------------------------------------|
| | Ø Oktober—Dezember 1947 = 100 | | |
| 1948 Jänner . . . | 81,2 | 94,9 | 62,6 |
| Februar . . . | 78,9 | 91,9 | 49,1 |
| März | 99,3 | 103,3 | 49,7 |
| April | 87,8 | 95,2 | 38,4 |
| Mai | | 83,7 | 29,2 |
| Juni | | | 29,0 |

Eine Reihe von Anzeichen spricht jedoch dafür, daß die wirksame Nachfrage in absehbarer Zeit wieder zunehmen wird. Diese Annahme stützt sich zunächst darauf, daß die sinkende Preistendenz auf dem Schwarzen Markt weitgehend zum Stillstand gekommen ist. Die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise sind von Mitte Mai bis Mitte Juni nur noch um 0,7% und die „schwarzen“ Genußmittelpreise um 8% gesunken. Auf dem Aktienmarkt sowie in geringerem Ausmaß auch auf dem „schwarzen“ Devisenmarkt ist sogar eine leichte Tendenzumkehr festzustellen.

Entscheidend für eine allgemeine Erhöhung der Nachfrage dürfte jedoch die allmähliche *Ausweitung des Geldvolumens* und die dadurch bedingte vergrößerte Liquidität der Wirtschaft sein. Der Notenumlauf hat seit dem ersten Nationalbankausweis nach dem Währungsschutzgesetz vom 23. Jänner 1948 um über 800 Mill. S. zugenommen. Diese Ausweitung darf nicht schlechthin als bedenklich angesehen werden. Ein Teil des zusätzlichen Geldes diente der Finanzierung des erhöhten Produktionsvolumens und entspricht daher nur einem erhöhten Verkehrsbedürfnis der Wirtschaft. Zum Teil dürfte der zusätzliche Notenumlauf gehortet bzw. zwecks späterer Anschaffungen gespart worden sein. Es ist anzunehmen, daß in dem Augenblick, wo die Tendenz sinkender Preise zum Stillstand kommt, diese Geldhorte aufgelöst werden und sich in einer erhöhten Güternachfrage geltend machen

dürften. Auch durch die Freigabe der gesperrten Giroeinlagen wird sich die Liquidität der gewerblichen Betriebe erhöhen. Nicht zuletzt muß auf die bereits im letzten Bericht erwähnten finanziellen Zuwendungen für die Wohnbaufinanzierung, die Deckung der Besatzungskosten und des Budgetdefizits für die Investition der verstaatlichten Betriebe sowie für die Milchsubventionen hingewiesen werden, die aller Voraussicht nach, zusammen mit der zu erwartenden weiteren Kreditausweitung der Kreditinstitute die stillgelegten Erlöse aus den ausländischen Hilfslieferungen überkompensieren werden¹⁾. Unter diesen Umständen würde eine Erhöhung der zur Zeit weit unter den Selbstkosten liegenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreise aus öffentlichen Mitteln fast unvermeidlich inflationistische Auftriebendenzen auslösen.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 228

Der *Notenumlauf* ist im Mai neuerdings um 128 Mill. S. gestiegen und lag zum Monatsende mit 4.685 Mill. S. bereits um rund 825 Mill. S. über dem Stand vom 23. Jänner 1948 (erster Wochen ausweis nach Inkrafttreten des Währungsschutzgesetzes). Auffallend ist, daß die Erhöhung des Notenumlaufes im Mai nicht wie in den Vormonaten von einem Rückgang der Nationalbankgiroverbindlichkeiten begleitet war, sondern daß gleichzeitig auch die freien Giroverbindlichkeiten um 13 Mill. S. und die zeitlich gesperrten Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Stellen um 55 Mill. S.²⁾ zugenommen haben. Dadurch hat sich die Bilanzsumme des Nationalbankausweises um 196 Mill. S. vergrößert. Der Erhöhung der Passiva entsprach auf der Aktivseite eine Vermehrung der Forderungen an den Bundesschatz um rund 110 Mill. S., eine Erhöhung des Devisenbestandes um 15 Mill. S. sowie eine Zunahme der redis-kontierten Bundesschatzscheine um 70 Mill. S. Die Erhöhung der Forderungen an den Bundesschatz ist auf die nachträgliche Auszahlung an die Landwirtschaft zurückzuführen, wie sie im § 5 des WSchG vorgesehen ist³⁾.

¹⁾ Siehe hierzu: „Zur Verwendung der Schillingerlöse aus ausländischen Hilfslieferungen“, S. 222 ff.

²⁾ Differenzbetrag zwischen Schillingerlösen aus dem Verkauf der Hilfssendungen und der gewährten Milchsubventionen.

³⁾ § 5 des Währungsschutzgesetzes bestimmt, daß Landwirte jenen Betrag, der dem Wert der von ihnen nach

Die Abhebungstendenz bei der Nationalbank hielt auch anfangs Juni weiter an. Ganz entgegen den normalen monatlichen Schwankungen — der Notenumlauf geht normalerweise nach der Ultimobeanspruchung zurück — stieg der Notenumlauf in der ersten Juniwoche um 21 Mill. S. und in der zweiten Juniwoche um weitere 27 Mill. S. Die verstärkten Barabhebungen in der zweiten Juniwoche hängen mit der am 10. Juni erfolgten Freigabe eines Teils (rund 640 Mill. S.) der zeitweise gesperrten Einlagen zusammen. Zur Befriedigung der mit dieser Deblockierung zu erwartenden erhöhten Bargeldansprüche wurden den Kreditinstituten 327 Mill. S. zeitweise gesperrter Nationalbankguthaben freigegeben.

Die *Einlagen* bei den Kreditinstituten haben sich im April erstmalig seit der Währungsreform vermindert. Der Rückgang betrug 80 Mill. S., und zwar sind die Scheckeinlagen um 145 Mill. S. gesunken, die Spareinlagen dagegen weiter (um 65 Mill. S.) gestiegen. Der Rückgang der Scheckeinlagen dürfte zum Teil auf erhöhte Umbuchungen von Erlösen aus Hilfslieferungen auf das Sperrkonto der Nationalbank zurückzuführen sein. Zum Teil scheint sich jedoch auch eine Umschichtung innerhalb des Zahlungsmittelumlaufes von Buchgeld zu Bargeld anzubahnen. Eine derartige Umschichtung war bereits im Jahre 1947 zur Zeit der Energiekrise im Frühjahr sowie unmittelbar nach dem Preis- und Lohnabkommen zu beobachten und konnte damals mit einer Verschiebung der den 15. Juli 1947 abgelieferten landwirtschaftlichen Produkte entspricht, im Verhältnis 1 : 1 umgetauscht erhalten.

Liquiditätsverhältnisse innerhalb der Wirtschaft von den gewerblichen Betrieben zu den privaten Haushaltungen erklärt werden. Auch das gegenwärtig zu beobachtende erhöhte Bargeldbedürfnis dürfte auf eine durch die Zurückhaltung der Käufer bedingte ähnliche Verlagerung der Liquiditätsverhältnisse zurückzuführen sein. Sollte diese Entwicklung weiter anhalten, so ist mit ungünstigen Rückwirkungen auf die Lage der Kreditinstitute zu rechnen, deren Liquidität durch eine stärkere Barabhebungsbewegung beeinträchtigt würde. Die Institute haben zwar im Juni 327 Mill. S zeitweise gesperrter Nationalbankgiro Guthaben freibekommen; damit aber sind ihre befristet gesperrten Guthaben bei der Nationalbank bis auf 41 Mill. S zusammengeschmolzen. Vermutlich werden die Liquiditätsreserven der Kreditinstitute auf die Dauer nicht ausreichen, die Bargeldansprüche der eigenen Kunden, deren gesperrte Einlagen im September

und im Dezember dieses Jahres frei werden, zu befriedigen, so daß mit einer Ausdehnung des Kreditvolumens der Nationalbank durch Rediskontierung von Handelswechseln und Schatzwechseln zu rechnen ist.

Die *Aktienkurse* haben sich in der Berichtszeit etwas erholt. Der Index von 23 Industriaktien stieg bis Mitte Juni auf 325·7 (1938 = 100) und hat damit den Tiefpunkt (Mitte Mai 275·6) vorläufig überwunden. Ein Anhalten dieser Tendenz ist jedoch zumindest vorläufig kaum zu erwarten. Die Kursverbesserungen dürften vielmehr im wesentlichen nur eine Korrektur der übermäßigen Kursrückschläge in den vergangenen Monaten darstellen. Zum Teil mag sich auch die relativ günstige Entwicklung der Produktion sowie die Freigabe bisher gesperrter Konten, die nunmehr eine Anlage suchen, auf die Kursentwicklung ausgewirkt haben.

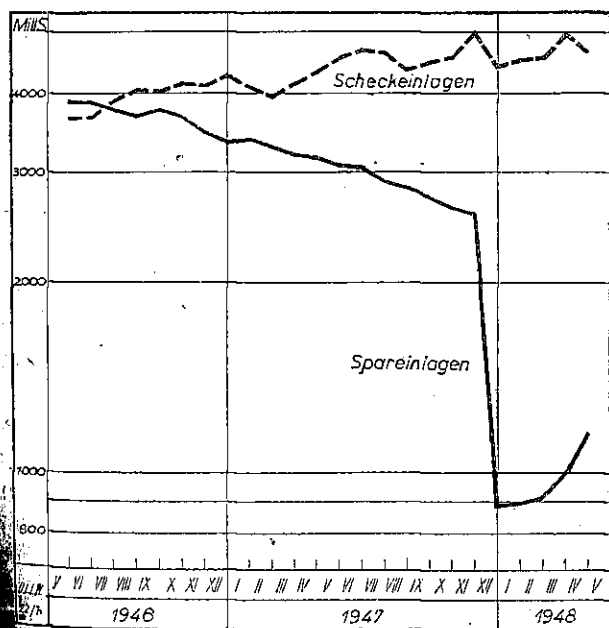
Preise, Löhne, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 229-230

Die *Arbeiternettoverdienste* sind im April um 4·1 % gestiegen und lagen mit 265·8 (August 1938 = 100) erstmalig über dem bisherigen Höchststand vom Dezember 1947 (258·1). Die allmähliche Erhöhung der offiziellen Verdienste seit Jänner d. J. läßt angesichts des Lohnstops, der jede Erhöhung der Tariflöhne ausschließt, sowohl auf eine qualitative als auch auf eine quantitative Steigerung der Arbeitsleistung schließen (längere Arbeitszeit, Überstunden, Übergang von Zeit- zu Akkordlöhnen, Einstufung in höhere Tarifgruppen). Man darf annehmen, daß die Erhöhung der Arbeitsleistung zumindest zum Teil direkt oder indirekt eine Folge der Geldknappheit ist, durch die einerseits der reale Wert von Mehrverdiensten erhöht und andererseits infolge der Sorge um den Arbeitsplatz höhere Arbeitsleistungen erzwungen werden.

Die allgemeine *Preisbewegung* war in der Berichtszeit noch abwärts gerichtet. Die bereits im letzten Bericht festgestellte Verlangsamung der Tendenz sinkender Preise auf den „schwarzen“ und freien Märkten kommt nunmehr in den Indexzahlen bereits ziffernmäßig zum Ausdruck. Der Index der „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise fiel von 1.400 auf 1.390 (offizielle Preise März 1938 = 100), was nur noch einer Senkung um 0·7 % entspricht (gegenüber 23·9 % im Vormonat). Die Schwarzmarktpreise für Genußmittel gingen etwas stärker zurück, aber auch hier war das Tempo der Preissenkung mit 8 % gegen 20·2 % im Vormonat merklich langsamer. Demgegenüber dürften die „schwarzen“ Devisenkurse ihren Tiefpunkt bereits wieder überschritten haben; sie sind im Mai etwas gestiegen.

Abb. 1. Die Entwicklung der freien Spar- und Scheckeinlagen¹⁾
(Log. Maßstab; in Mill. S)



¹⁾ Nach dem Währungsschutzgesetz haben zunächst sowohl die Spar- als auch die Scheckeinlagen zugenommen. Erst im April sind die Scheckeinlagen bei weiter steigenden Spareinlagen wieder um 323 Mill. S gesunken. Die auf folgende Zunahme der Spareinlagen darf als ein Zeichen des wiederkehrenden Vertrauens zur Währung gewertet werden. (Der Rückgang der Einlagen im Dezember ist auf die Umwandlung von beschränkt verfügbaren Konten in Bundesschuldverschreibungen zurückzuführen.)

²⁾ Vor dem Währungsschutzgesetz einschließlich beschränkt verfügbare Konten; nach dem Währungsschutzgesetz einschließlich zeitweise gesperrter Konten.

Eine gewisse Stabilisierung läßt sich auch bei den freien Versteigerungspreisen im Wiener Dorotheum beobachten. Die Preise für Bruchgold und Pretiosen sind gestiegen, während Luxuspelze etwas billiger wurden.

Die *amtlichen Höchstpreise* blieben im Mai und in der ersten Junihälfte ziemlich stabil. Geringe Preisherabsetzungen wurden bei einigen Baustoffen, bei Holzfertigwaren, Papierwaren, einigen Elektrowaren und bei Textilien vorgenommen. Auch die Herrensneider, Färbereien und Putzereien ermäßigten ihre Preise um etwa 3—6%. Außerdem sind einige Tarifiermäßigungen der Bundesbahnen im Personenverkehr zu erwähnen. Vorgesehen sind noch Preisermäßigungen bei Schuhen, einigen Eisen- und Metallwaren sowie neuerliche Herabsetzung in der Elektroindustrie.

Auch im Berichtsmonat wurden die amtlichen Preise für gewerbliche Erzeugnisse teilweise von Betrieben unterschritten, die in Liquiditätsschwierigkeiten geraten waren und sich durch Notverkäufe flüssige Mittel verschaffen mußten.

Infolge der relativen Starrheit der Höchstpreise für gewerbliche Gebrauchsgüter und Lebensmittel sind auch in der Berichtszeit die Lebenshaltungskosten nur unbedeutend gesunken. Der Index nach einem friedensmäßigen Verbrauchschema stand Mitte Juni auf 306 gegen 307,4 im Mai und 309,5 im April d. J. (März 1938 = 100). Gestiegen ist dabei der Aufwand für Nahrungsmittel infolge des höheren Preises der zugeteilten italienischen Frühkartoffel, während der Bekleidungsaufwand durch Preisermäßigung für Damenoberbekleidung zurückgegangen ist. Die bundeseinheitliche Regelung der Glühlampenpreise ergab eine geringe Verteuerung der Haushaltsgegenstände.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 231—232

In der 41. Versorgungsperiode (24. Mai bis 20. Juni 1948) hat sich der Anteil der *Eigenversorgung* weiter verringert. Während im April noch 39% des Bedarfes einer 1.700-Kalorienbasis von der heimischen Landwirtschaft beigestellt wurden, waren es im Mai 31%, im Juni 28%. Der Rückgang ist vor allem auf die verminderte Eigenaufbringung von Fleisch, Nahrungsmitteln und sonstigen auf die Hülsenfrüchtlerrationen anrechenbaren Nahrungsmitteln sowie von Kartoffeln zurückzuführen. Die Lücke in der Fleischversorgung konnte auch durch das über die Schweiz eingeführte argentinische Gefrierfleisch sowie durch kanadische Fischkonserven nicht voll geschlossen werden. Der Ver-

sorgungsplan zu Beginn der Zuteilungsperiode wies daher eine Fehlmengende von 2.000 t Fleisch auf, d. s. rund 1% der Kalorienbilanz.

Am 21. Juni wurden die Lebensmittelrationen von 1.700 auf 1.800 Tageskalorien erhöht. Dieser Mehrbedarf muß zunächst durch ausländische Lebensmittel gedeckt werden, da sich die Eigenaufbringung bis zur neuen Ernte kaum bessern dürfte. Ein Großteil des Defizits zwischen der Eigenaufbringung und dem zur Erfüllung der Rationen erforderlichen Kalorienbedarfe wird voraussichtlich aus der Marshall-Plan-Hilfe gedeckt werden können, in deren Rahmen für das dritte Quartal 1948 Lebensmittellieferungen von 37 Mill. Dollar vorgesehen sind. Damit wird sich freilich der Grad der Importabhängigkeit, der bereits in den letzten Versorgungsperioden stark zugenommen hat, weiter erhöhen.

Die *Brotgetreideaufbringung* hat sich im Mai etwas gebessert (es wurde 2.000 t gegen 1.400 t im April abgeliefert). Dennoch rechnet man in maßgeblichen landwirtschaftlichen Kreisen höchstens mit einer Gesamtablieferung von 194.000 t für das Erntejahr 1947/48. Hierzu wäre allerdings noch die Aufbringung von rund 37.000 t Brotgetreide erforderlich. Sollte es nicht gelingen, diese Restmenge aufzubringen, dürften vor allem in jenen Bundesländern, die ihren Bedarf hauptsächlich aus der Eigenaufbringung decken müssen (wie Niederösterreich und Burgenland), Versorgungsschwierigkeiten entstehen.

Die *Milchaufbringung* zeigt infolge der seit 1. April gewährten Milchprämien (50 Groschen pro Liter) eine steigende Tendenz (siehe auch Abschnitt Landwirtschaft). Desgleichen hat sich die *Eierablieferung* gegenüber dem Vorjahr gebessert. Die Zunahme gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres betrug im März 65% und im April 26%. Die erhöhte Eierablieferung dürfte zum Teil auf die Verlängerung der Geltungsdauer des Wintereierpreises über den 13. Februar hinaus zurückzuführen sein, die einer Erhöhung des Produzentenpreises um 9 Groschen oder 30% gleichkommt. Einen weiteren Anreiz für die Ablieferung dürfte die Ankündigung eines Erzeugerpreises von etwa 1 Schilling für Überkontingenteier (der normale Ablieferungspreis beträgt 37 Groschen) bieten, da diese erhöhten Preise erst nach Erfüllung des Kontingents bezahlt werden.

Landwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 232

Nach der *Schweinezählung* vom 15. März 1948 hat sich der Bestand an Schweinen von 1.72 Mill.

Stück im November 1947 auf 1,31 Mill. Stück im März 1948, d. i. um 24,3% vermindert. Lediglich in Vorarlberg hat der Schweinebestand um 5,3% zugenommen. Der Rückgang war infolge Futtermangels und vermehrter gewerblicher und Hauschlachtungen übersaisonnmäßig stark¹⁾. Dennoch besteht auch weiterhin die Tendenz einer Vermehrung der Bestände. Dies geht daraus hervor, daß in erster Linie der Bestand an Schlacht- und Mastschweinen vermindert wurde, während der Bestand an Ferkeln und trächtigen Zuchtsäuen relativ hoch ist. So wurden im März 1948 zwar nur 69% der Schlacht- und Mastschweine vom März 1947 gezählt, dagegen war die Zahl der Ferkel und Jungschweine um 15,1% und die der trächtigen Zuchtsäue um 16,8% höher.

Gleichzeitig mit den Schweinen wurden auch die Rinder gezählt, da man infolge Futtermangels und vermehrter Schlachtungen eine starke Verminderung des Rinderstandes vermutete. Die Zählung ergab jedoch, daß die Substanz erhalten geblieben ist und nur alte oder wenig leistungsfähige Tiere geschlachtet worden sind. So verminderte sich zwar der Bestand an Kälbern um 5.958 (-4%), an Kühen um 16.099 (-2%), an Zugochsen und Zugstieren um 862 (-1%), sowie an Schlacht- und Masttieren um 12.901 (-53%). Dagegen erhöhte sich der Bestand an Jungvieh um 15.983 (+3%), an Kalbinnen um 14.684 (+11%) und an Zuchtstieren um 1.840 Stück (+11%). Der Gesamtbestand hat sich daher nur um 3.383 Stück oder um 0,2% im Vergleich zur Zählung vom 18. November 1947 verringert. Den relativ größeren Abnahmen in den östlichen Bundesländern stehen effektive Bestandsvermehrungen in den westlichen Ländern gegenüber.

Die Auszahlung der Milchprämie hat anscheinend zu einer Einschränkung des Verbrauches im bäuerlichen Haushalt und im Stall, aber auch zu einer Verringerung der Erzeugung „schwarzer“ Butter geführt²⁾; dementsprechend sind die Ablieferungen an Milch übersaisonnmäßig gestiegen, obwohl die Produktion durch den schlechten Ernährungszustand der Tiere und gebietsweise

¹⁾ Vom Dezember 1946 bis März 1947 verminderte sich der Schweinebestand nur um 14,5% (von 1,49 Mill. St. auf 1,27 Mill. Stück).

²⁾ Der Schwarzhandelspreis für Butter beim Bauern ist bereits auf etwa 35 S gesunken. Da man für 1 kg Butter etwa 25 bis 30 l Vollmilch braucht, deren Ablieferung 30 S einbringt, lohnt sich eine Verbutterung für den Schwarzen Markt mit Rücksicht auf das Risiko und die zusätzliche Arbeit kaum mehr.

durch geringe Futtererträge und Knochenweiche gehemmt war³⁾.

Milchablieferung in Österreich¹⁾

(ohne Oberösterreich-Nord und Vorarlberg)

| | 1947 | 1948 |
|---------------------------|---------------------------------|---------------------------------|
| | Liter | |
| 1. Aprilwoche | 6,800.000 | 6,100.000 |
| Letzte Maiwoche | 8,300.000 | 9,200.000 |
| Steigerung | 22 ⁰ / ₁₀ | 51 ⁰ / ₁₀ |

¹⁾ Mitgeteilt vom Direktor des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes, Dr.-Ing. Josef Haunold, anlässlich der Festwoche der Hochschule für Bodenkultur in Wien.

In Steiermark und Kärnten war die Futterversorgung dank günstigeren Niederschlagsverhältnissen im April und Mai besser; dementsprechend stieg auch die Milchablieferung im gleichen Zeitraum stärker als im gesamtösterreichischen Durchschnitt (in Steiermark z. B. um 70% von 1,200.000 Liter auf 2,040.000 Liter, gegenüber einer Steigerung um nur 19% von 1,381.000 Liter auf 1,647.000 Liter im Jahre 1947).

Der Saatenstand läßt eine mittelgute Getreidernte erwarten, nur Sommerweizen und Gerste dürften gebietsweise geringere Erträge liefern. Die regional stark unterschiedlichen Niederschlags- und Temperaturverhältnisse⁴⁾ der letzten Monate verursachten jedoch eine gebietsweise stark abweichende Entwicklung der Feldfrüchte und Futterflächen, wobei im allgemeinen in den Südalpenländern das Wachstum der Vegetation sehr gut war, während nördlich der Alpen infolge zu geringer Niederschläge und überdurchschnittlicher Temperaturen gebietsweise Dürreschäden auftraten. In diesen Gebieten waren auch die Heu- und Futtererträge des natürlichen Graslands und der Rotklee-schläge fast ebenso gering wie im Vorjahr.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 233

Die Kohlenversorgung war im Mai mit 420.000 t um 15,3% niedriger als im April (496.000 t), da sowohl die Kohleneinfuhr als auch die inländische Kohlenförderung zurückgegangen ist. Die Zuteilungen an die einzelnen Hauptverbrauchergruppen mußten daher gekürzt werden. Mit Ausnahme der Industrie und der kalorischen Kraftwerke (die zur Zeit Kohlenvorräte für den Winter anlegen) erhielten alle anderen Haupt-

³⁾ Wohl hat auch der Bestand an Milchkühen von 1,121.000 im Dezember 1946 auf 1,037.000 bis März 1948 (um 8%) abgenommen, doch hat die Verringerung der Kuhzahl bei dem notorischen Futtermangel eher eine Leistungssteigerung zur Folge (drei gut gefütterte Tiere geben mehr Milch als fünf gleichwertige schlecht gefütterte).

⁴⁾ Niederschlagsmengen, die dem langjährigen Durchschnitt nahe kamen, gab es im Monat Mai nur in Teilen des Waldviertels und der Steiermark, ferner in Kärnten und Osttirol, bei Temperaturen, die den Normalwerten entsprachen.

verbrauchergruppen weniger Kohle als im Monatsdurchschnitt des Jahres 1937. Dennoch waren die Kohlezuteilungen im allgemeinen ausreichend. Dies gilt vor allem für die gewerbliche Wirtschaft, obwohl die Produktion in den letzten Monaten, vor allem in energieintensiven Zweigen, stark zugenommen hat. Es zeigt sich eben, daß eine steigende Produktion nur einen relativ geringeren Mehrbedarf an Kohle verursacht, da die erhöhte Kapazitätsausnutzung eine rationellere Verwertung der Kohle ermöglicht. Hier und da auftretende Versorgungsschwierigkeiten infolge unregelmäßiger Kohlenzulieferung können meist durch größere Vorräte überbrückt werden. Auch im Hausbrand hat sich die Lage trotz geringer Zuteilung entspannt, da die Käufer zurückhalten und mit dem Ankauf von Kohle bis zum Herbst zuwarten.

Die Stromerzeugung ist im Mai saisonbedingt weiter gestiegen und erreichte mit 355 Mill. kWh den bisher höchsten Stand seit Kriegsende. Da der Verbrauch auch im Mai entsprechend der wärmeren Jahreszeit etwas gesunken ist, konnten insgesamt 132 Mill. kWh Strom exportiert werden, d. s. rund 50% des inländischen Verbrauches von 264 Mill. kWh.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 234—236

Die gewerbliche Produktion ist im April weiter gestiegen. Der vom Institut neu berechnete Produktionsindex (siehe Seiten 212 ff.) war mit 85,7 (Durchschnitt 1937 = 100) um 4,4% höher als im März (81,4) und um 25,6% höher als im gleichen Monat des Vorjahres (60,2). Im Mai ist die Produktion allerdings in einzelnen Zweigen (Kohlenbergbau, Eisenindustrie), hauptsächlich wegen der neun Sonn- und Feiertage etwas zurückgegangen. Da jedoch andere wichtige Zweige weitere Produktionssteigerungen meldeten, dürfte das allgemeine Produktionsniveau zumindest die Höhe des Vormonates gehalten haben. Produktionsrückschläge infolge Absatzstockungen sind nach wie vor selten. Lediglich in der Holzverarbeitenden Industrie (insbesondere in der Möbelindustrie) und in einigen Zweigen der Elektroindustrie sowie in gewerblichen Luxusfertigungen geht die Produktion mangels ausreichender Absatzmöglichkeiten zurück. Im allgemeinen hat sich jedoch die Industrie bemerkenswert reibungslos an die neue Nachfragesituation angepaßt. Die Betriebe sind bemüht, sich möglichst rasch auf neue Erzeugnisse mit besseren Absatzmöglichkeiten umzustellen, schränken die Produktion von nichtabsetzbaren Waren ein und versuchen, ihren Absatz durch Erzeugung neuer

und qualitätsmäßig besserer Produkte aufrechtzuhalten oder zu erweitern. Soweit einzelne Betriebe ihre Gesamtproduktion einschränken oder stilllegen mußten, tragen die dadurch freigesetzten Produktionsmittel und Rohstoffe zur allmählichen Entspannung der Mangellage bei und ermöglichen dadurch vielfach erst eine Produktionssteigerung in wichtigen Zweigen. Bemerkenswert ist die zunehmende Erhöhung der Arbeitsproduktivität, vor allem in den Zweigen, wo infolge Absatzstockungen Arbeiterentlassungen drohen. So melden einzelne Betriebe der Holzverarbeitenden Industrie eine Leistungssteigerung ihrer Arbeiter bis zu 45%.

Im Bergbau hielt sich im April die Eisenerzförderung mit 108.500 t auf der Höhe des Vormonates. Dagegen erhöhte sich die Blei- und Zinkerzgewinnung auf 8.077 t (März 6.820 t) und die Kupfererzgewinnung auf 4.018 t (3.526 t).

In der eisenerzeugenden Industrie kam es im Mai infolge der geringeren Zahl von Arbeitstagen sowie dringender Reparaturen zu einem leichten Produktionsrückschlag. Lediglich die Roheisenerzeugung stieg auf fast 50.000 t (April 45.900 t). Dagegen gingen sowohl die Rohstahl- als auch die Walzwarenerzeugung zurück.

Die Metallhütten setzten ihren Produktionsanstieg im Mai fort. Sowohl in der Bleierzeugung (740 t) als auch in der Aluminiumerzeugung (1.100 t) wurde die höchste Produktion seit Kriegsende erreicht.

Die Magnesitindustrie hat im April das Vorkriegsniveau um 7% überschritten. Der befriedigende Auftragsbestand läßt auch in den kommenden Monaten eine hohe Produktion erwarten.

Die Baustoffindustrie erhöhte ihre Produktion saisonbedingt von 70,8 (1937 = 100) im März, auf 80,6 im April. Besonders hervorzuheben ist die Zementerzeugung, die mit fast 50.000 t bereits 139% von 1937 erreicht hat.

Die günstige Schleifholzlage gestattete eine weitere Produktionsausweitung in der Papierindustrie. Insgesamt wurden im April 16.956 t Papier, 3.624 t Pappe, 6.794 t Holzstoff und 12.497 t Zellulose erzeugt.

Die Schuhproduktion wurde nach Beendigung des Schularbeiterstreiks am 3. Mai wieder aufgenommen. Die während des Produktionsstillstandes ersparten Materialmengen erlauben in den nächsten Monaten einen erhöhten Produktionsausstoß.

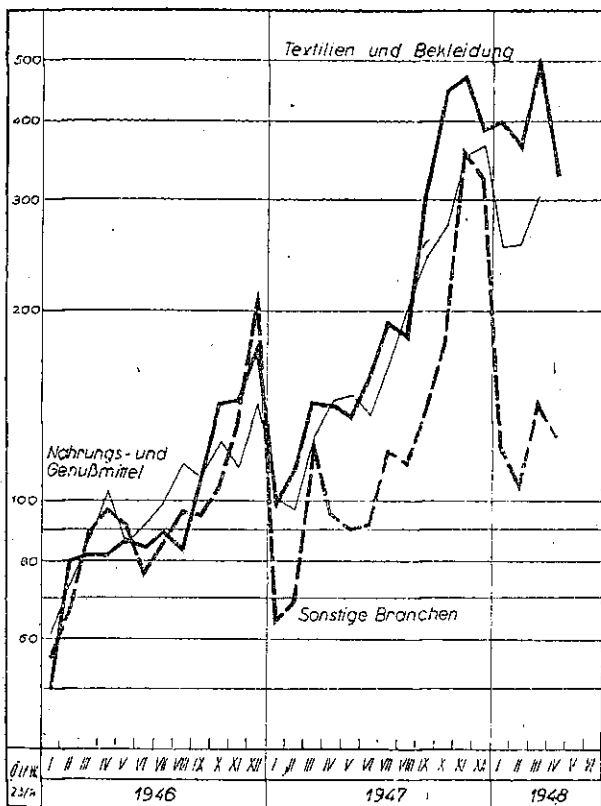
Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 236

Das Institut veröffentlicht im vorliegenden Bericht eine Neuberechnung des Index der Einzel-

handelsumsätze (siehe Tabelle S. 236). Der neue Index wurde auf einer breiteren Basis aufgebaut und entsprechend den Verschiebungen im Verbrauch (die Umsätze von Textilien und Haushaltsgegenständen haben an Bedeutung gewonnen) neu gewichtet. Von einer Preisbereinigung der Umsätze wurde wegen des Nebeneinanders verschiedener Preisniveaus (offizielle, „graue“ und „schwarze“ Preise) zunächst abgesehen.

Abb. 2. Die Entwicklung der Kleinhandelsumsätze
(Log. Maßstab; ϕ 1946 = 100)



Die Wertumsätze im Kleinhandel sind im Laufe des Jahres 1947 hauptsächlich infolge Preiserhöhungen stark gestiegen. Nach dem Währungsschutzgesetz gingen die Umsätze insbesondere in der Gruppe „Sonstige Branchen“ infolge der Geldverknappung und der Zurückhaltung der Käufer übersaisonnmäßig zurück. Die rückläufige Bewegung der Umsätze, die nur im März von einer vorübergehenden Absatzbelebungen unterbrochen wurde, hält weiter an.

Die Schwankungen der Umsätze zeigen deutlich den Einfluß, den verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen (Preis- und Lohnabkommen, Währungsreform) sowie deren psychologische und materielle Rückwirkungen ausgelöst haben. Der Index ist seit Beginn des Jahres 1946 als Folge der sich zunächst langsam bessernden Versorgung mit Verbrauchsgütern und der Erhöhung der Preise gestiegen, allerdings mit geringen, meist saisonbedingten Rückschlägen. Der Höchststand wurde

durch die Angstkäufe im Zusammenhang mit der Neuordnung der Währung im November und Dezember 1947 erreicht. In den ersten zwei Monaten des Jahres 1948 hat die Umsatzfähigkeit über den saisonbedingten Rückgang hinaus als Folge der allgemeinen Geldknappheit abgenommen. Der Rückgang gegenüber Dezember 1947 betrug durchschnittlich 30% und erreichte in der Gruppe „sonstige Branchen“ sogar 68%. Im März sind die Umsätze bei steigendem Warenangebot, zum Teil saisonmäßig durch die Osterfeiertage bedingt, wieder um etwa 20 bis 35% gestiegen. Bereits im April setzte jedoch ein neuerlicher Umsatzrückgang ein, der vor allem durch die Erwartung weiterer Preissenkungen ausgelöst wurde und, soweit Einzelangaben bisher vorliegen, auch im Mai weiter anhält. Das relativ reichlichere Warenangebot bei geringer Kauflust führte vielfach zu Absatzstockungen, denen man, soweit es sich um bewirtschaftete Waren handelt, durch Aufhebung der Bewirtschaftung für die betreffenden Waren zu begegnen hofft. Trotzdem erweist sich ein erheblicher Teil der Warenbestände als unverkäuflich, da die Ansprüche der Käufer an die Qualität der Waren stark gestiegen sind. Die Verkäufer sind daher vielfach zu Notverkäufen zu reduzierten Preisen gezwungen. Von einer allgemeinen Absatzstockung und einer Stagnation des Geschäftslebens kann jedoch trotzdem kaum gesprochen werden. In einer schwierigen Lage befinden sich lediglich die Verkäufer von gewissen entbehrlichen Waren, von Luxusgütern sowie von qualitätsmäßig nicht den Käuferwünschen entsprechenden Bedarfsgegenständen.

Im Gegensatz zum Kleinhandel mit gewerblichen Erzeugnissen hat sich im April und Mai im Gemüse- und Obsthandel der Geschäftsgang durch Zufuhren von Kartoffeln aus der Schweiz, von Agrumen aus Italien und durch die Freigabe von inländischem Obst und Gemüse gebessert. Insbesondere die Gemüsezufuhren nach Wien sind viel reichlicher als im Vorjahr. Während z. B. im April 1947 nur 692 t Gemüse nach Wien geliefert wurden, waren es im April ds. J. 2.713 t, also viermal soviel. Die Zufuhren von Obst sind erst gegen Ende Mai und im Juni stärker gestiegen.

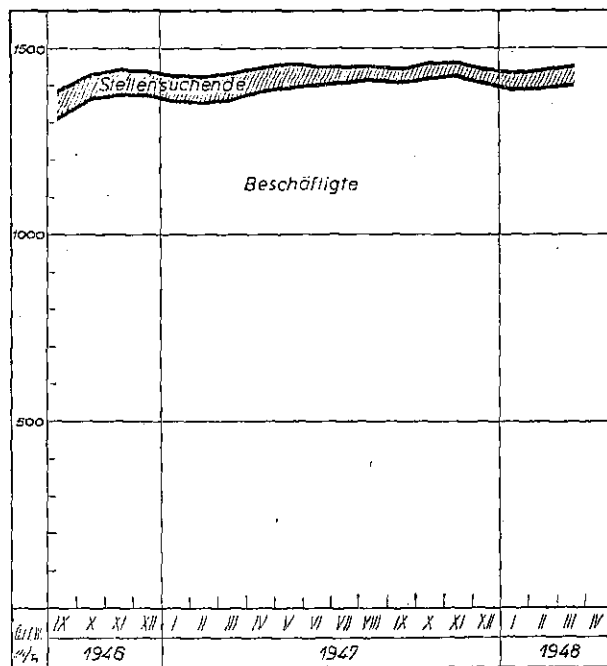
Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 237—238

Obwohl die Arbeitsämter von der Schließung von Betrieben und von Abbau von Arbeitskräften bei einzelnen Unternehmungen berichten, zeigt sowohl die Zahl der Beschäftigten als auch die der vorgemerkten Stellensuchenden nur geringfügige Änderungen. Die Zahl der bei der Wiener Gebiets-

krankenkasse versicherten Arbeiter und Angestellten hat im Mai nur um 1.763 Personen, d. i. um 0,3 % des Beschäftigtenstandes abgenommen, während die Zahl der Stellensuchenden in ganz Österreich von April auf Mai nur um 1.456 Personen, d. i. um 3,2 % gestiegen ist. Die im Gefolge der Währungsreform erwarteten Umschichtungen auf dem Arbeitsmarkt vollziehen sich also ziemlich reibungslos. Soweit Arbeiterentlassungen bisher stattgefunden haben, konnten die frei werdenden Arbeitskräfte in der Regel ohne große Schwierigkeiten eine neue Beschäftigung finden. So berichtet z. B. das Landesarbeitsamt Salzburg, daß die Sintermetallwerke in Mitterberg-Hütten, die angesichts der verschärften Konkurrenz Absatzschwierigkeiten haben, ihre Belegschaft auf 37 Arbeiter, d. i. ungefähr ein Zehntel der früher im Betrieb Beschäftigten, reduziert haben. Die freigesetzten Arbeitskräfte wurden jedoch fast vollständig vom Eisenwerk Sulzau-Werfen aufgenommen, das derzeit sogar einen höheren Beschäftigtenstand als im Kriege aufweist.

Abb. 3. Beschäftigtenstand und Stellensuchende
(Normaler Maßstab; in 1000 Personen)



Trotz bedeutender zwischenbetrieblicher Umschichtungen der Arbeitskräfte blieb der Beschäftigtenstand auch nach dem Währungsschutzgesetz unverändert hoch. Auch die Zahl der Stellensuchenden, die allerdings mit der Zahl der tatsächlichen Arbeitslosen nicht voll übereinstimmt, hat sich nur unbedeutend vergrößert.

Die tendentiell leicht steigende Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten scheint eng mit dem

„Käuferstreik“ verbunden zu sein und nimmt ganz andere Formen an, als dies zu Beginn einer „normalen“ Depression der Fall wäre. Das zeigt sich deutlich darin, daß im April die Zahl der Stellensuchenden in den Konsumgüterindustrien — Leder-, Textil-, Bekleidungs-, Papierindustrie, im Gastgewerbe — stieg, in den wichtigsten Investitionsgüterindustrien dagegen — Bergbau, Industrie in Steinen und vor allem im Baugewerbe — abnahm, während sich sonst zu Beginn von Krisen die Arbeitslosigkeit zuerst in den Produktionsgüterindustrien ankündigt.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 239

Der Güterverkehr der Bundesbahnen ist im April weiter gestiegen und lag mit 502,4 Mill. Nutzlasttonnenkilometer bereits um 41 % über dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1937. Dementsprechend erhöhten sich auch die Betriebseinnahmen auf 100,4 Mill. S. Bei fast gleichgebliebenen Ausgaben, die sich auf einem Monatsdurchschnitt von 125 Mill. S zu stabilisieren scheinen, sank das monatliche Defizit der Betriebsrechnung auf 23,5 Mill. S.

Im Reiseverkehr sind im Berichtsmonat um über eine Million (15 %) Personen weniger befördert worden als im Vormonat und die Nutzlasttonnenkilometer-Leistung ist um 7 % zurückgegangen. Der relativ stärkere Rückgang der Zahl der beförderten Personen dürfte darauf zurückzuführen sein, daß im Vormonat (März) infolge der Osterfeiertage der Nahverkehr unverhältnismäßig stark war. Teilweise dürfte der Rückgang im April aber auch eine Folge der Geldverknappung sein. Vermutlich wird die Reisefrequenz während des Sommers nicht mehr die der beiden letzten Jahre erreichen, da die Hamsterfahrten abgenommen haben und die Geldknappheit viele Urlauber veranlaßt, näher gelegene Urlaubsorte zu wählen. Die Bundesbahnen sind allerdings durch eine Verdichtung des Personenverkehrs und gewisse Tarifermäßigungen bemüht, wenigstens einen Teil der Personenbeförderung zurückzugewinnen, der im Laufe der letzten Jahre infolge der unzureichenden Betriebsleistungen der Eisenbahnen auf die Straße (Autobusverkehr) abgewandert ist.

In diesem Zusammenhang gewinnen die laufenden Verhandlungen über das neue Verkehrsgesetz erhöhte Bedeutung. Das Gesetz soll u. a. die Konkurrenzverhältnisse zwischen Schiene und Straße sowie den Anteil der staatlichen und privaten Unternehmungen am Gesamtverkehr neu regeln. Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft lehnt

die im alten österreichischen Kraftfahrlineiengesetz vom Jahre 1931 enthaltene Vorzugsstellung der staatlichen Kraftfahrunternehmen ab und verlangt die Wiederherstellung des Zustandes von 1938, in dem 70% des Kraftfahrverkehrs privaten Unternehmen überlassen war. Dagegen setzt sich das Verkehrsministerium für einen zum Schienenverkehr parallel laufenden Kraftwagenlinienbetrieb der Bundesbahnen und der Post ein. Endgültige Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Im Mai wurde die „*Österreichisch-Triester Schiffahrts-Gesellschaft*“ gegründet, die noch im Herbst d. J. mit zwei oder vier kleinen Schiffen von je 1.000 t Tonnageraum den Verkehr mit der Levante aufnehmen soll. Damit würden lange gehegte Pläne, eine österreichische Hochseeschifffahrt zu schaffen, zumindest in bescheidenem Umfange verwirklicht.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 240

Die steigende Tendenz des Außenhandels, die zu Jahresbeginn auf der Ausfuhrseite vorübergehend unterbrochen worden war, setzte sich im März und April weiter fort. Die *Ausfuhr* stieg im März auf 141·9 Mill. S und im April auf 144·5 Mill. S, während die *Einfuhr* 202·3 Mill. S und 206·6 Mill. S erreichte. Infolge der relativ hohen Ausfuhr im März erreichte der Ausfuhrwert im ersten Quartal 1948 mit 336·1 Mill. S fast das Ergebnis des letzten Quartals 1947, blieb aber doch um rund 84 Mill. S hinter dem mit 140 Mill. S monatlich geplanten Exportwert zurück.

| | Einfuhr in Millionen Schilling | Ausfuhr in Millionen Schilling |
|---------------------------|-----------------------------------|-----------------------------------|
| 1. Quartal 1947 | 158·1 | 96·9 |
| 4. Quartal 1947 | 400·5 | 344·7 |
| 1. Quartal 1948 | 544·9 | 336·2 |

Dank der Belebung der Ausfuhr verminderte sich der Einfuhrüberschuß des handelsstatistisch erfaßten Außenhandels von 79·7 Mill. S im Jänner (Durchschnitt 1947 29·1 Mill. S) auf 68·7 Mill. S im Februar und 60·4 Mill. S im März.

Die Erhöhung der *Einfuhr* im März (von 175·6 auf 202·3 Mill. S) erstreckte sich auf alle Warengruppen. Besonders stark (wertmäßig um 139% und mengenmäßig um 158%) erhöhte sich die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln. Die erhöhte Lebensmitteleinfuhr war überwiegend saisonbedingt, denn mehr als die Hälfte der Einfuhrerhöhung entfiel auf Gemüse. Das starke Anwachsen der Gemüseeinfuhren bietet ein gutes Beispiel für die Schwierigkeiten einer zweckentsprechenden Außenhandelslenkung. Zumindest ein Teil

des Gemüses wurde offenbar nur deshalb eingeführt, weil im Rahmen von Kompensationsgeschäften die Wahl der einzuführenden Waren beschränkt ist und die Ausfuhr einer Ware oder der Bezug einer wichtigen Importware vielfach vom Mitbezug minderwertiger Güter abhängt.

Gemüseeinfuhr in Millionen Schilling

| | Insgesamt | Italien | aus: Niederlande | Jugoslawien |
|------------------------|-----------|---------|---------------------|-------------|
| März 1947 | 9·0 | 1·0 | 1·0 | — |
| Februar 1948 | 3·2 | 2·6 | — | 0·1 |
| März 1948 | 14·6 | 5·1 | 4·6 | 2·4 |

Auch die *Ausfuhr*steigerung (+ 33%) erfaßte alle Hauptgruppen, wobei vor allem die Fertigwaren bedeutend über die zu Ende des vorigen Jahres erzielten Höchstwerte stiegen und mengenmäßig 71% des Durchschnitts von 1937 erreichten. Die Rohstoffausfuhr hatte sich im Februar nur wenig belebt, stieg aber im März besonders stark (+ 56%). Der Hauptteil der Ausfuhrsteigerung entfiel auf Roh- und Alteisen, dessen Ausfuhr von 6·2 Mill. S im Jänner und 9·3 Mill. S im Februar auf 21·8 Mill. S im März stieg. Aber auch die Ausfuhr von Papierzeug und Magnesit konnte beträchtlich erhöht werden. Die Holzausfuhr stieg zwar von 70.645 q im Februar auf 110.138 q im März, lag aber damit noch immer unter den fünf besten Monaten des Vorjahres und weit unter dem Vorkriegsdurchschnitt. Es besteht die Gefahr, daß der österreichische Holzexport seine einstige Stellung durch Konkurrenzunfähigkeit, die nicht nur hohen Preisen, sondern auch ungenügender Qualitätskontrolle und ungenügender Berücksichtigung der Kundenwünsche entspringt, einbüßen wird. In der Levante ist das österreichische Holz bereits zum großen Teil durch jugoslawisches und rumänisches verdrängt und auch in Italien und in der Schweiz, die im März 56% unseres Holzexportes aufnahmen, treten die Tschechoslowakei und Jugoslawien mit billigeren Offerten und besseren Qualitäten auf, während die Schweiz gleichzeitig bedeutende Rundholzmengen im Schwarzwald am Stock aufgekauft hat. Westeuropa deckt seinen Bedarf hauptsächlich aus Deutschland, Skandinavien und den USA. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß der Raubbau während des Krieges Österreich zur Zeit zu einem verminderten Holzeinschlag zwingt. Es ist daher aus produktions-technischen Gründen in absehbarer Zeit kaum mit einer Steigerung des Holzexportes auf die Vorkriegshöhe zu rechnen. Zudem ist Österreich bemüht, Holz künftig möglichst im verarbeiteten Zustande (Papier, Holzhäuser) auszuführen.